

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Urteil im neunten Kriegs-verbrecherprozeß.

Leipzig, 16. Juli. Heute mittags 1 Uhr wurde das Urteil gegen die Defendants Boldt und Dithmar verkündet. Beide wurden zu je

### 4 Jahren Gefängnis (!)

verurteilt. Dithmar wird aus der Reichswehr entlassen, die bürgerlichen Ehrenrechte werden nicht aberkannt.

## Kronprinzen-Propaganda.

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts schreibt in einer Notiz unter der Überschrift: Kronprinzen-Propaganda: Die Propaganda für die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen und ihn in den Mittelpunkt der antirepublikanischen Propaganda zu stellen. Jetzt wird eine Unterredung eines Amerikaners mit dem Kronprinzen veranlaßt, die mit Schilderung seiner angeblich traurigen Lage und seiner Sehnsucht nach Heimat und Familie an die Öffentlichkeit der Leser appelliert. Aber der Kronprinz trage selbst Bedenken, seine Rückkehr vorzubereiten, da sie möglicherweise eine Störung in dem immer noch im Entstehen begriffenen Familienleben des Kronprinzen herbeiführen würde. Der Vorwärts erklärt, wie können verkahren, daß ein großer Teil des deutschen Volkes gegen alle Pläne einer etwaigen Thronanwartschaft äußerst empfindlich ist und daß diese Empfindlichkeit jedenfalls stärker begründet ist, als das Mitgefühl mit dem angeblichen Leiden des Kronprinzen. Die Politik der ehemaligen Dynastie habe in Deutschland fürwahr unglücklichere Opfer hinterlassen, als ihn. Man wäre darum gut, auf durchsichtige Wandlungen zu verzichten, die nicht nur den inneren Kampf verschärfen, sondern auch peinliche auswärtige Verwicklungen nach sich ziehen können.

Sehr nett ist, daß der Hohenzollerich vor dem Amerikaner mit seiner Sehnsucht nach dem trauten Familienleben Eindruck zu schinden sucht. „Sieben Jahre lang bin ich ja von meiner Frau und meinen Kindern getrennt“. Der arme Familienvater! Aber es würde doch nichts im Wege stehen, daß Frau und Kinder ihm nach Weiringen folgten — wenn sie die Trennung auch so schmerzhaft empfänden. Aber das möchte nach allem, was über das Familienleben des Kronprinzen bekannt geworden ist, zweifelhaft erscheinen. Das von dem Kronprinzen während des Krieges geführte Etappenleben spricht jedenfalls nicht dafür, daß die kronprinzliche Sehnsucht nach der Gattin von dieser Seite Erwiderung findet. Hat doch die Kronprinzessin 1918 Scheidungsantrag stellen wollen und nur auf das dringende Bitten der Kaiserin davon Abstand genommen.

Noch weniger Sehnsucht als die kronprinzliche Gattin selbst dürfte aber Deutschland nach dem Hohenzollernprozeß empfinden.

## Lloyd George über die irischen Verhandlungen.

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet: Aus einem Essen, das die liberale Koalition veranstaltete, erklärte Lloyd George, de Valera habe nahezu drei Stunden mit ihm verhandelt. Lloyd George sei sicher, daß sie beide ihr bestes getan hätten, um eine gute Lösung dieser Frage sicherzustellen, wenn sie auch beide sich gegenwärtig hielten, daß sie Schwierigkeiten zu überwinden haben würden. Lloyd George verhandelte gestern aufs neue mit de Valera und auch mit dem nordirischen Premierminister Craig. Lloyd George erklärte, er habe die Berichte über die Besprechung mit de Valera nicht nur seinem Kabinett, sondern auch dem König unterbreiten müssen, da dieser sich für die Entwicklung der irischen Frage lebhaft interessiert. Nicht die politischen Fragen, sondern vor allem die moralischen Streitpunkte würden bei den Verhandlungen die Hauptschwierigkeiten bilden.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen wird gemeldet:

London, 15. Juli. (D.N.) Das Reutersche Bureau meldet, daß die ersten Besprechungen zwischen Lloyd George und de Valera ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Am Freitag und am Sonnabend werden die Konferenzen fortgesetzt. Das Verlangen de Valeras nach restlosem Zurückziehen der Truppen der britischen Krone wurde jedoch von Lloyd George zunächst abgelehnt.

## Neue Unruhen in Belfast.

Belfast, 15. Juli. Bei neuen Unruhen, die gestern abend vorgekommen sind, wurde ein unionistischer Arbeiter-Geordneter schwer verletzt.

London, 15. Juli. Bei weiteren Unruhen in Belfast wurden von gestern Mittag bis Mitternacht noch zwei Personen getötet und 33 verwundet. Hiernach beträgt die Verlustliste seit Sonnabend 21 Tote und 156 Verwundete. Verschiedentlich kam es wieder zu Plünderungen.

## Noch immer Sinnfeiner-Prozesse.

London, 15. Juli. (Reuters). In dem Prozeß der 16 Sinnfeiner in Manchester, die des Hochverrats beschuldigt werden, wurde heute das Urteil gefällt. 14 wurden zu Zuchthausstrafen zwischen 3 und 15 Jahren verurteilt, die übrigen zwei wurden freigesprochen.

## Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen nach Deutschland.

Oppers, 15. Juli. (D.N.) Die Züge mit obereschlesischen Eruben- und Süßholzwägen treffen zahlreich und regelmäßig wieder auf den dafür bestimmten Bahnhöfen Mittel- und Niederschlesiens ein. Dadurch füllen sich die arg zusammengeschrumpften Kohlenbestände für die Lokomotivfuhrung wieder. Trotzdem muß noch für die Lokomotivfuhrung eine Streckung der Kohle durch Koks vorgenommen werden. Lange Leerzüge fahren nach Oberschlesien und werden dem Wagenmangel daselbst abhelfen.

## England drängt auf Entscheidung.

Paris, 16. Juli. (D.N.) Wie der Temps erklärt, sollen die für Oberschlesien bestimmten englischen Sachverständigen sofort abreisen, damit sie ihren Bericht noch vor der nächsten Tagung des Obersten Rates überreichen können. Die englische Regierung legt großen Wert darauf, daß diese Sitzung unter allen Umständen noch vor Ende Juli stattfindet und die Entscheidung über Oberschlesien bringe. Nach dem Intransigent soll die Konferenz zwischen dem 25. bis 31. Juli in Paris-Brage stattfinden. Der Plan, sie in Boulogne zusammenzutreten zu lassen, sei aufgegeben worden; es sei aber auch möglich, daß die Sitzung in Ostende abgehalten werde.

## Italien will deutsche Sachleistungen?

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vossische Zeitung meldet aus Rom: In italienischen Kreisen scheint die Absicht zu bestehen, mit Deutschland in Verhandlungen darüber einzutreten, wie die Italien zugesagte Quote der Entschädigungssumme hauptsächlich in Sachleistungen abgetragen werden könne. Von deutscher Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Pläne der italienischen Regierung zur Elektrifizierung der Staatsbahnen, zum Ausbau der Häfen, zur Trockenlegung der Sümpfe, zur rationellen Verwertung der in Italien vorhandenen Braunkohle durch Zuhilfenahme entsprechender deutscher Maschinenlieferungen in die Tat umzusetzen. Der italienische Delegierte in der Reparationskommission ist angeblich mit einer konkreten, von den deutschen Unterhändlern angefertigten genauen Aufzeichnung auf dem Wege, um Bonomi darüber Vortrag zu halten.

## Englische Befriedigung über die bayerische Entwaffnung.

Paris, 14. Juli. Havas meldet aus London: In einem englischen Telegramm aus München wird festgestellt, daß die Entwaffnung in Bayern befriedigende Fortschritte mache.

## Briand über Schiffer.

Paris, 14. Juli. (Havas.) Infolge der jüngsten Erklärungen des deutschen Reichs-Justizministers haben einige Journalisten den Ministerpräsidenten Briand befragt, was er von den Äußerungen Schiffers halte. Briand antwortete lächelnd: Ich bedauere Schiffer, daß er durch das Amt, das er ausübt, in die grausame Notwendigkeit versetzt wurde, den skandalösen Freispruch des Generals Steiner durch den Leipziger Gerichtshof und die andern Urteile, welche Enttätigung in Belgien und Großbritannien hervorgerufen haben, zu bedenken. Es ist ein Glück, daß Schiffer sich nicht ebenfalls durch sein Amt verpflichtet glaubte, die unqualifizierbaren Manifestationen der Menge gegen die Delegierten, mit deren Entsendung nach Leipzig Frankreich den Gerichtshof geehrt hatte, zu entschuldigen. Wenn man die deutschen Zeitungen liest, die von fortgesetzten Herausforderungen angefüllt sind, wenn man die verabscheuungswürdigen Taten erlebt, die sich jetzt in Oberschlesien abspielen haben, kann es niemand in den Sinn kommen, daß es Frankreich sein soll, das den Haß provoziert auf die Gefahr hin, den Augenblick hinauszuschleppen, wo es den beiden Völkern möglich sein wird, normale Beziehungen wieder aufzunehmen. Wie es auch sein mag, ich hoffe, daß die Zurücknahme unserer Akten und die Zurückberufung unserer Abgeordneten zum mindesten bewirkt haben werden, unsere Freunde und Verbündeten, die in Leipzig geblieben sind, den Ruhen ehnor besseren Gerechtigkeit zukommen zu lassen, und das ist immerhin schon etwas.

Wenn sie auch einander wert nicht die selbe Ironie des französischen Chauvinisten doch erschreckend vom groben Draufgänger-tum des deutschen ab. Andererseits aber läßt die Bemerkung Briands über die verabscheuungswürdigen Taten in Oberschlesien — die wahrlich diesmal recht ungleichmäßig zwischen den beiden kämpfenden Parteien verteilt waren! — keinen Zweifel darüber, was Geistes Kind er ist. Interessant ist übrigens, daß Briand in der Kriegsverbrecherfrage schon einlenkt: es ist nicht mehr von Sanktionen die Rede, sondern Briand würde es schon als großen Erfolg der Abberufung der französischen Delegierten buchen, wenn die weiteren Urteile des Reichsgerichts gerechter ausfallen würden. Diese Hoffnung teilen auch wir, und das Plädoyer des Oberreichsanwalts im Prozeß gegen die beiden K-Voot-Helben läßt diese Hoffnung berechtigt erscheinen.

## Beamten-Froude.

Die sächsische Reaktion tobt. Das ganze bürgerliche Lager, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten ist voller sittlicher Empörung. Und die „gesamte höhere Beamtenenschaft“ (die allerdings zur Zeit noch sehr spärlich gesäteten wirklich republikanisch gesinnten Beamten werden von dieser Seite durchweg unbeachtet gelassen) ist nach den Versicherungen der bürgerlichen Blätter auf äußerste erregt und zu den energischsten Schritten — was wissen wir — entschlossen. Schier sollte man meinen, daß der Freistaat Sachsen vor einem Generalfreistreich seiner höheren Beamten stehe.

Die Ernennung des Genossen Kossel zum Amtshauptmann ist die schreckliche Tatsache, die die Seelen der Bürgerlichen und der höheren Beamtenenschaft in trautem Verein wallen, siedeln und zischen läßt. Der Umstand, daß ein Nichtsachmann und gar ein Vertrauensmann der Arbeiterschaft, ein unabhängiger Sozialdemokrat auf den Posten gesetzt worden ist, auf den allein die konservativen Bürokraten Anspruch zu haben glauben, hat wie eine Bombe die antisozialistischen Herrschaften aufgeführt. Die bürgerliche Presse schreibt Leitartikel über Leitartikel ob dieses entsetzlichen Frevels, in die Gesilde der geheiligten Bürokratie einzudringen und der Arbeiterschaft einen Anteil an der Verwaltung des Staates zu geben. Und die höheren Beamten fassen feierliche Protestresolutionen und erlassen Kundgebungen in ihren Organen, auch das Blatt des sächsischen Gemeindebeamtenbundes stellt sich ihnen solidarisch zur Seite. In allen Tonarten wird Genosse Kossel als ein Zerstörer des letzten Restes von Ordnung, der in Sachsen nach der Revolution noch geblieben ist, als einer der fürchterlichsten Umstürzler und Rechtsbrecher, den die Weltgeschichte je gesehen hat, „gebrandmarkt“.

Wir verstehen diese Erregung sehr gut. Das Bürgertum hat sich damit abfinden müssen, seine durch schändliche Klassenwahrheit lange Zeit künstlich aufrecht erhaltene Mehrheit im Landtag und in wichtigen Gemeindeparlamenten an die Arbeiterklasse abzugeben. Es hat murrend zusehen müssen, wie die monarchische Staatsform zusammenbrach und damit ein Schußwall seiner Privilegien dahinflutete. Es hat zähneknirschend sehen müssen, wie das gleiche Wahlrecht aufgerichtet wurde, das den Weg zur Demokratie freilegte und den Einfluß des Proletariats in Staat und Gemeinde erheblich gesteigert hat. Es hat viele Positionen, von denen aus es bisher die arbeitenden Massen beherrschte, aufgeben müssen. Es hat sogar eine sozialistische Regierung im Freistaat Sachsen erleben sehen. Aber es hatte immer noch die Hoffnung, die damit anhebende neue Entwicklung hemmen und schließlich wieder rückgängig machen zu können durch den mächtigen Einfluß, den es vermittelst der staatlichen und gemeindlichen Bürokratie ausübte. Mit Hilfe der Beamtenenschaft glaubte es, den sozialistischen Mehrheiten in Staat und Gemeinde Bremslöcher anlegen zu können, die für Jahrzehnte noch halten sollten. Mit Hilfe dieser Bürokratie, die unter dem alten Regime von allen nicht stramm monarchistischen Elementen sorgfältig freigehalten worden war, in der selbst bürgerliche Demokraten unmöglich waren, hatte es die Hoffnung, die Verwaltung zu beherrschen und so durch die Verwaltung die Gesetzgebung unwirksam machen zu können. Das Bürgertum weiß sehr wohl, daß das Parlament nicht die Zentrale der staatlichen Macht ist, sondern daß dieses Machtzentrum in der Hand der ausführenden Gewalt, in der Verwaltung liegt. Es kommt nicht nur darauf an, Gesetze zu erlassen; sie bleiben auf dem Papier stehen, wenn die Verwaltung still und zäh, ohne großes Aufheben den Gesetzen entgegenarbeitet. Gesetze, die von der Bürokratie sabotiert werden, bleiben toter Buchstabe. Der Erlaß der Gesetze an sich ist noch nichts, erst die Durchführung, die lebensdige Anwendung und Auslegung der Gesetze kann das Wort zum Fleisch werden lassen.

Der Eingriff in den konservativen Beamtenkörper, den der Minister des Innern durch die Ernennung Kossels vorgenommen hat, rührt an den empfindlichsten Punkt des Bürgertums, greift an eine der verwundbaren Stellen der Reaktion. Und mit diesen Interessen des Bürgertums berühren sich die Sonder-Standesinteressen der höheren Beamtenenschaft. Sie sieht nicht nur den Einfluß ihrer Klasse, sondern auch ihre Futtertruppeninteressen bedroht, und so ist ihr Anlaß zu doppelter Empörung gegeben. Das Avancement wird sich verschlechtern, wenn die höheren Stellen nicht mehr Privilegien des hohen Bürokraten sind, sondern wenn auch dem Tüchtigen ohne spezielle Fachbildung, der nicht vor Prüfungskommissionen, sondern vor den Anforderungen des Lebens seine Examina bestanden hat, der Weg zu ihnen offen steht. Die heiligsten Rechte der staatlich Geprüften sind in Gefahr, wenn „Fremdkörper“ in die bis jetzt streng behütete Beamtenlaufbahn eindringen können.

Wir verstehen den Schmerz der höheren Beamten und nehmen es ihnen nicht übel, wenn sie ihre eigenen Interessen verteidigen, und wenn sie meinen, daß diese den Staatsnotwendigkeiten vorgehen müßten — diese Staatsnotwendigkeiten vermögen sie bei ihrer ganzen politischen Auffassung ja überhaupt nicht einzusehen. Aber es kommt doch sehr auf die Art an, wie die Herren ihre Standesinteressen in der Öffentlichkeit verfechten, wie sie den Akt der Staatsregie-